



## **Rede des Kreisvorsitzenden Felix Thier zur Auswertung des Wahljahres 2014 auf der Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN Teltow-Fläming**

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*

Liebe Genossinnen und Genossen,

guten Morgen und herzlich willkommen in Luckenwalde.

Das Jahr 2014 ist erst im Herbst, das Wahljahr 2014 aber beendet. Die Landtagswahl ist uns sicher noch sehr gut im Gedächtnis, doch auch eine Wahl zum Europäischen Parlament und eine Kommunalwahl in Brandenburg liegen hinter uns. Diese fanden bereits im Mai des Jahres statt. Gestattet mir, als erstes darauf einzugehen.

Helmut Scholz ist wieder Mitglied des Europäischen Parlaments. Unser Brandenburger Europa-Abgeordneter wird auch weiterhin linke Interessen und Ansichten aus unserer Region nach Brüssel und Straßburg tragen. Gemeinsam mit sechs weiteren Abgeordneten der LINKEN aus Deutschland. 2,2 Millionen Stimmen von Wählerinnen und Wählern machten dies möglich. Bei der Europawahl ist es uns gelungen, absolut im Bund und im Land an Stimmen hinzuzugewinnen. Was wir nicht geschafft haben ist, diese Stimmenzugewinne auch in prozentuale Gewinne umzumünzen, weil erstmalig wieder mehr Menschen von ihrem demokratischen Recht der Stimmabgabe Gebrauch gemacht haben.

Erstmalig gab es auch keine 5%-Hürde mehr, wodurch die Meinung der Wählerinnen und Wähler unmittelbarer abgebildet wird. Das zwingt zur Konzentration auf Inhalte und politische Auseinandersetzung. Angesichts der Tatsache, dass nun mehr Parteien als bislang ihre Vertreter nach Brüssel und Straßburg entsenden, bei einer zugleich verringerten Zahl auf 96 Sitze für deutsche Abgeordnete, ist das ein Erfolg und eine Bestätigung der Europapolitik der Linkspartei. Diese Politik konnten wir im Wahlkampf, auch dank der großartigen Unterstützung aller Helferinnen und Helfer, in der Öffentlichkeit vermitteln.

Allerdings sitzen nun auch Kräfte der NPD und AfD in der höchsten europäischen Volksvertretung. Eine Herausforderung an alle Demokratinnen und Demokraten. Inhaltlich müssen wir diese Menschen stellen, ihre teils abstrusen Ansichten und inhaltlichen Widersprüche aufdecken!

In den vergangenen fünf Jahren konnten wir in Brüssel und in Berlin klarmachen: DIE LINKE steht zur europäischen Einigung als einem Grundpfeiler der Friedensordnung auf dem Kontinent. Wir stehen zur Europäischen Union und haben zugleich heftige Kritik an ihrer gegenwärtigen Verfasstheit und Ausrichtung. Gerade wir LINKEN verteidigen, auch in Tradition zu Lothar Bisky, die Grundidee der Integration in Europa - gegen die Befürworter einer erneuten Militarisierung des Kontinents und einer Rückkehr zu den Nationalstaaten.

Sozialstaatlichkeit und Solidarität, Demokratie und Frieden, Weltoffenheit, Menschenrechte und Nachhaltigkeit stehen für uns als Partei DIE LINKE gemeinsam mit unseren Schwesterparteien der Europäischen Linken an oberster Stelle!

Die jetzt sieben Abgeordneten der LINKEN im Europaparlament werden in einer zahlenmäßig größeren Fraktion die bisherige Arbeit der LINKEN-EP-Delegation konsequent fortsetzen. Konkret kämpfen wir deshalb für die Beseitigung der sozialen Schieflage in der EU und in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Wir wollen – entgegen der anderslautenden Bekräftigung von Frau Merkel und der CDU – eine Sozialunion und eine strikte Beendigung der Sparpolitik zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger in allen 28 EU-Mitgliedstaaten. Wir treten für EU-weite Mindestlöhne und gegen Sozial- und Steuerdumping ein. Wir wollen keine EU, in der die Menschen für die Banken, die schon wieder gigantische Profite machen, bluten müssen, sondern ein von Solidarität geprägtes Europa.

Wir wollen das Freihandelsabkommen der EU-USA (TTIP) und alle anderen Handelsverträge stoppen, sofern diese lediglich Konzerninteressen durchsetzen sollen und damit unsere erstrittenen Verbraucher-, Gesundheits-, Arbeitsschutz- und Umweltstandards bedrohen.

Wir stehen für eine friedliche Außenpolitik, die ausgehend von eigenem Erfahrungshorizont der wechselseitigen volkswirtschaftlichen Verflechtung auf gesamteuropäische Zusammenarbeit setzt und damit zum Aufbau einer europäischen Struktur unter Einbeziehung Russlands beitragen kann.

Das sind nur einige der großen Herausforderungen, die vor uns stehen. Die LINKE ist bereit, sich ihnen zu stellen.

Zeitgleich mit dem Europaparlament wählten wir Brandenburgerinnen und Brandenburger auch unsere Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen – kurzum: Es war Kommunalwahl!

Dank gilt natürlich auch und besonders allen unseren Kandidatinnen und Kandidaten, die bis zur letzten Minute für jede Stimme gekämpft haben.

Das Wahlergebnis der Kommunalwahlen wirft Licht aber auch Schatten. Die Prozentspanne reicht von 9,6% in Großbeeren bis zu 28,3% in Luckenwalde.

Besonders unsere Ergebnisse im Norden des Landkreises spiegeln die schwierige Situation des konservativeren Wahlverhaltens der Zuzüge aus dem Berliner Raum wider.

Ausgewirkt haben sich für uns sicherlich auch das Antreten von neuen Wählervereinigungen bzw. Gruppierungen. Es engagieren sich mehr Menschen vor Ort, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Man bildet Bürgerinitiativen, Wählervereinigungen – kurzum Interessengruppen für ein konkretes, vor Ort existierendes Problem. Das eröffnet uns als Partei aber auch wieder Möglichkeiten: Was ist, wenn dieses Problem gelöst wurde? Welche weiteren Ziele verfolgen dann solche Gruppierungen in einem auf fünf Jahre gewähltem Parlament, wenn der ursprüngliche Grund für die Gründung abhanden gekommen ist? Geht jeder wieder seiner Wege, zerfällt die Gruppierung im Parlament? Welche Antworten geben solche Gruppen auf andere Probleme, die sich im Laufe der Zeit ergeben und auch einer Lösung bedürfen?

Sind nicht wir hier als inhaltlich breit aufgestellte Partei mit jahrzehntelanger Erfahrung geradezu prädestiniert für Antworten? Hier müssen wir als LINKE ansetzen, die Menschen auch wieder zurückgewinnen und für unseren Politikansatz begeistern!

Wir sind stärkste Kraft in Nuthe-Urstromtal und in Luckenwalde und haben beachtenswerte Ergebnisse in einzelnen Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen erreicht.

Bei der Kreistagswahl haben wir in der Stadt Luckenwalde und den Gemeinden Niederer Fläming sowie Am Mellensee den ersten Platz belegt. In den Städten Ludwigsfelde und Baruth/Mark sowie der Gemeinde Niedergörsdorf sind wir jeweils nur knapp der CDU bzw. der SPD unterlegen.

Das ist Ausdruck eines engagierten Wahlkampfes aller Kandidatinnen und Kandidaten und ihrer Helferinnen und Helfer.

Mit Maritta Böttcher und ihren fast 4.000 Stimmen haben wir das beste, sowie mit Peter Dunkel und seinen über 3.300 Stimmen das drittbeste Ergebnis aller antretenden Kreistagskandidaten zu verzeichnen.

Leider haben wir trotzdem zwei Sitze im Kreistag eingebüßt. Als Kreisvorsitzender und stellvertretender Fraktionsvorsitzender sichere ich aber gerade deswegen und umso mehr unserer Landrätin Kornelia Wehlan weiterhin die volle Unterstützung ihrer, unserer, Partei zu!

Wir sind nach wie vor eine der drei Großen in Brandenburg. Wir, DIE LINKE, sind die Partei für den Alltag. Lasst uns weiter für die Menschen vor Ort da sein und zeigen, dass DIE LINKE die Partei ist, die ihre Kraft aus ihrer kommunalpolitischen Verankerung zieht.

Und nun das, was uns allen sicherlich noch am frischesten in Erinnerung ist: Die Landtagswahl im September 2014. Als erstes: Danke an unsere Kandidaten Maritta Böttcher, Norbert Müller und Carsten Preuß sowie an alle anderen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer!

Mit unseren Kandidaten boten wir eine erfahrene Politikerin, einen Vertreter der jungen Generation und auch einen Parteilosen. Ein Direktmandat, noch am ehesten greifbar im Wahlkreis 24 mit Maritta Böttcher, als auch die Landeslistenplätze 20 bzw. 22 für Carsten bzw. Norbert zogen leider nicht. Besonders schmerzt nach zwei Wahlperioden natürlich der Verlust des Direktmandates im WK 24.

Im Vergleich zur Landtagswahl 2009 haben alle im letzten Landtag vertretenen Parteien verloren - auch die nun siegreiche SPD! Lediglich BVB/Freie Wähler und eben die AfD konnten in Teltow-Fläming hinzugewinnen. Wenden sich die Menschen von den bekannten und etablierten Parteien ab? Diese Frage stellt sich für alle Parteien mit politischem Gestaltungsanspruch und nicht nur oppositionellem Getöse.

Erschreckend ist, landesweit und auch in Teltow-Fläming, die Wahlbeteiligung (in Teltow-Fläming sogar noch unter dem Landestrend!). Ein Vierteljahrhundert nach den Massendemonstrationen u.a. für freie Wahlen ist jetzt nicht einmal mehr jede/r Zweite wählen gegangen. Die Volksvertreter in den Parlamenten verlieren ihre Legitimation, wenn sie aufgrund der Wählerstimmen nur noch für einen Bruchteil der Bevölkerung sprechen. Der Inbegriff der Demokratie, die Volksherrschaft, läuft ins Leere!

Unser erklärtes Wahlziel von 25% plus x haben wir klar verfehlt, und angesichts nahezu einer Halbierung der absoluten Wählerstimmen, auch wenn bei der letzten Landtagswahl parallel dazu

die Bundestagswahl war, und daher die Wahlbeteiligung signifikant höher, ist das Ergebnis natürlich ein politischer Misserfolg.

Aber: Selbst überregionale Medien bewerteten die rot-rote Landesregierung als erfolgreich. So schrieb die Süddeutsche Zeitung folgendes: „Die rot-rote Regierung kann eine beachtliche Bilanz vorweisen. Man liegt beim Wirtschaftswachstum bundesweit mit vorn, die Arbeitslosenrate sank auf neun Prozent, beachtlich für Brandenburger Verhältnisse. Als Glanzstück gilt die solide Haushaltspolitik, unter einem Finanzminister der LINKEN, seit Jahresanfang ist es Görke. Vier Jahre lang wurden keine neuen Schulden aufgenommen, zuletzt sogar Schulden zurückgezahlt.“ (SZ 14.09.2014, Jens Schneider).

Natürlich bringt es uns jetzt nichts mehr auf unsere rot-roten Erfolge zu verweisen, und sich dann darüber zu ärgern, dass diese bei den Leuten zu wenig angekommen sind, oder sie es nicht verstanden haben. Spannend ist jedoch in der Tat die Frage, warum viele Erfolge der SPD zugeschrieben werden, und gerade DIE LINKE für negativere Dinge besonders in Mithaftung genommen wird.

Beginnen wir mit der Kampagne. DIE LINKE hat bei den Themenplakaten klar auf Inhalte gesetzt: 500 Millionen mehr für die Kommunen, 4.400 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen, mehr Geld für Musikschulen, Wir fördern Unternehmen mit ordentlichen Löhnen etc. Hierbei sind vier Probleme evident und da schließe ich mich der Wahlauswertung unserer Genossen im Kreisverband Potsdam an: Erstens ist es angesichts von sieben Themenplakaten schwierig, die Kernbotschaften herauszulesen. Gerade die Kampagne der CDU, welche nur auf die Themen Unterrichtsausfall, Infrastruktur und Innere Sicherheit setzte, war hier fokussierter. Zweitens waren Themen wie Musikschulen und die Stärkung des Vereinssports sicher zu begrüßen, dürften allerdings nicht unbedingt besonderes Interesse geweckt haben. Drittens war die erste Großfläche „Das ist nicht Berlin. Das ist Brandenburg“ unverständlich, und es gab auch keine ausreichend kohärente Kommunikation dessen. Was wollten wir damit sagen?

Ein weiteres Problem könnte die simple Annahme der Kampagne sein, welche da lautet: Inhalte sind primär, wenn es um die Überzeugung von Menschen geht. Das lässt sich ganz simpel widerlegen: Zuhäuf erreichten unsere LINKEN-Direktkandidatinnen und -kandidaten mehr Stimmen (also Erststimmen) als die Partei mit den Zweitstimmen. Einfacher, aber wohl zutreffender Rückschluss: Unsere vor Ort bekannten Köpfe zogen mehr als unser Wahlprogramm. Das Programm ist dadurch nicht falsch, versteht mich bitte nicht so! Aber vielleicht hätten wir eben noch mehr mit unseren Köpfen als mit unseren Themen werben sollen ...

Wir haben es mit einem veränderten gesellschaftlichen Klima zu tun. Bei den Landtagswahlen 2004 und 2009 hatten wir jeweils mehr Rückendeckung von der Bundesebene. Die soziale Frage hatte offenkundig stärkeren Raum, wir trumpften mit unserer Kampagne gegen die Agenda 2010. Wenngleich diese Schröderschen Sozialreformen bis heute ihre negativen Wirkungen zeigen, so sind sie doch offenkundig kein wirkliches Thema mehr. Wo gibt es heute noch Montagsdemos?

Demgegenüber steht eine Zunahme der geopolitischen Risiken und Unsicherheiten, ergo auch der eigenen Unsicherheit. Da kommt eine einlullende, Alles-Wird-Gut-Politik der Merkelschen Art ganz gut daher. Besonders, wenn sie immer wieder und wieder als „alternativlos“ dargestellt wird. Ich bitte euch, welche Politik ist denn alternativlos?! Dass offenbar haben die

Brandenburgerinnen und Brandenburger auch so gesehen: Ausgehend von einem fulminanten CDU-Wahlsieg zur Bundestagswahl 2013 – ich erinnere hier nur einmal an die von der CDU flächendeckend im roten Brandenburg errungenen Direktmandate – landeten die gleichen Christdemokraten trotz massiver Unterstützung von „Mutti“ Merkel nur ein Jahr später bei mehr als zehn Prozent Verlust! Scheinbar waren dann die von der CDU gemachten Wahlangebote doch nicht so alternativlos.

Ein sehr gravierendes Problem ist die geringe Akzeptanz bei Jung- sowie Erstwählerinnen und -wählern – denn das sind die Wähler der nächsten Jahrzehnte!

Auch die Tatsache, dass wesentlich DIE LINKE das Wahlalter 16 erkämpft hat, scheint keine positiven Konsequenzen gehabt zu haben. Unsere Gesellschaftskritik scheint aus der Mode zu kommen und der Ruf nach gesellschaftlicher Solidarität scheint zu schwinden. Der gesamtgesellschaftliche Wertewandel, welcher zunehmend auf Autonomie und Selbstverwirklichung abzielt, scheint der politischen Linken nicht unbedingt gut zu tun.

Aber auch die Wahlbeteiligung gerade bei den jungen Mitmenschen lässt sehr zu wünschen übrig. Fragt man aber im eigenen Bekanntenkreis einmal die Jung- und Erstwähler, welche Rolle die jetzige Landtagswahl in der Schule im Unterricht spielte, verwundern die Antworten nicht. Sicher, die Schule als Ort der Bildung sollte frei von Wahlkämpfen sein – aber deswegen auch gleich apolitisch?!

Immerhin 113.000 Menschen, welche bei der letzten Wahl DIE LINKE wählten, sind dieses Mal nicht wählen gegangen. Hätte die Frage der Braunkohle eine entscheidende Rolle gespielt, so müsste sich dies in den Wählerwanderungen zu den Grünen bemerkbar machen, was es nicht tut. Eher scheint es mit der konkreten Rhetorik, welche stark auf die Regierungsverantwortung setzt („Wir als rot-rot haben erreicht ...“), als auch dem Image unserer Partei insgesamt zu tun zu haben. Wenn die besonderen Erfolge der Regierung gepriesen werden, und dabei auch nicht immer klar wird, was davon den dunkelroten unter rot-rot zuzuschreiben ist, so wirkt dieser neue Ton von einer seit Jahrzehnten per se mit der Opposition in Verbindung gebrachten LINKEN (PDS) sicher in Teilen befremdlich – und führt den Wähler wieder eher zur guten Bekannten SPD. Natürlich ist es wichtig und elementar, die Erfolge der eigenen Regierungsarbeit (von denen es viele gab) zu preisen. Dennoch muss auch in Teilen der Ton der LINKEN wieder stärker erkennbar sein.

Manche/r brachte in ersten Reaktionen nach der Wahl den Gang in die Opposition ins Gespräch. Als Basis muss uns aber bewusst sein, dass das in den letzten fünf Jahren Erreichte mit Rot-Schwarz einer deutlichen Rolle-rückwärts unterliegen würde. Was würde aus unseren Forderungen und Vorhaben für ein Soziales Brandenburg in der Opposition? Insbesondere im Konzert mit den Grünen, AfD und den Freien Wählern stellt sich ernsthaft die Frage, wie stark die LINKE in der Opposition wahrnehmbar durchdringen könnte. Und hier erinnere ich nur zu deutlich an unsere konservativ dominierte Medienlandschaft.

Andererseits ist das Wahlergebnis wahrhaftig keine Ermutigung für eine Neuauflage von rot-rot.

Dennoch sind die programmatischen Schnittmengen für die SPD zu uns LINKEN groß, und zwar deutlich größer als jene zur CDU.

Und es ist auch für eine Partei wichtig, Regierungskompetenz zeigen zu können, auf Bundesebene mögliche Bündnisse konkret auf der Länderebene vorzubereiten. Wir müssen uns in der Fläche Deutschlands als regierungsfähig erweisen, ob nun in Brandenburg oder Thüringen, so wie auch in früheren Jahren schon in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin.

Schlussendlich kommt es auf den jetzt vorliegenden Koalitionsvertrag an: Sofern wesentlich eine linke Handschrift erkennbar ist, und es eine breite innerparteiliche Debatte gibt (auch heute hier!) kann das Weiterregieren eine Option sein. Und, liebe Genossinnen und Genossen, diese sehe ich: 4.300 neue Lehrerinnen und Lehrer, mehr Kita-Erzieherinnen und -erzieher für unter 3- und 3- bis 6-Jährige, 100 zusätzliche Sozialarbeiter, mehr Geld für Hochschulen, Musik- und Kunstschulen und den Sport.

Längeres gemeinsames Lernen und auch, wenn das Wort Gemeinschaftsschule nicht fällt, inhaltlich ist sie in zentralen Punkten doch drin! Keine genveränderten Pflanzen und Bio-Patente in Brandenburg, ein weiter steigender Mindestlohn für öffentliche Aufträge in unserem Land, ein massives kommunales Investitionsprogramm für die nächsten fünf Jahre und keine dritte Start- und Landebahn am BER!

Liebe Genossinnen und Genossen, in den kommenden Tagen könnt ihr (!) bis zum 30. Oktober über den nun vorliegenden Koalitionsvertrag als Mitglieder des Landesverbandes Brandenburg der Partei DIE LINKE abstimmen. Macht von eurem Recht gebrauch und beteiligt euch bitte. Auch das ist ein deutliches politisches Zeichen nach außen.

Stellt euch beim Lesen des Vertrages diese Frage: Ist das Vorgesehene ein Fort- oder Rückschritt für Brandenburg? Und beachtet eines: Nicht nur wir als LINKE müssen uns mit dem Vertrag wohlfühlen, sondern auch die Brandenburgerinnen und Brandenburger!

Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.